

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachamt Dresden Nr. 2486. - Sitzbureau Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
gefaßt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. - Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 138

Dresden, Dienstag, 17. Juni

1924

Verriot für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Paris, 16. Juni.
Verriot erklärte dem Pariser Vertreter des „New York World“: Die internationale Politik, deren Mittelpunkt der Völkerbund ist, muß der Positivität und Resignation entbehren und aktiv gestaltet werden. Der Völkerbund muß die Offensive ergreifen. Der Friede kann aber nicht gegen oder ohne die Völker gemacht werden, darum muß Deutschland an der Endlösung der Reparationsfrage interessiert und beteiligt werden. Darum trete ich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein. Es ist ersichtlich, daß nicht früher erkannt ist, welche großen moralischen Erfolg Deutschlands Aufnahme wäre. Die künftige Politik Deutschlands hängt viel mehr, als man glaubt, von der Politik der Alliierten, besonders Frankreichs, Englands, ab. Ein modus vivendi zwischen Frankreich und Deutschland ist daher erwünscht.

Die Flottenabrüstungsfrage und der Völkerbund.

Genf, 16. Juni.
Der Völkerbundrat hat beschlossen: Angesichts der starken Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der bisherigen Behandlung der Flottenabrüstungsfrage ergeben haben, das gesamte Problem der nächsten Völkerbundversammlung vorzulegen, damit diese Richtlinien für eine allgemeine Verständigung über die Beschränkung der Flottenrüstungen entwerfen könne.

Eine Niederlage der Labour-Regierung im Unterhaus.

London, 17. Juni.
Die Regierung blieb bei der Ablehnung im Verlaufe der gestrigen Unterhausdebatte über die Londoner Verkehrsverträge mit 126 gegen 189 Stimmen in der Minderheit. Den „Times“ zufolge heißt es, daß sogar Mitglieder der Regierungsbank gegen die Regierung stimmten. Einmal erklärte, daß die Regierung das Ergebnis der Abstimmung nicht als Niederlage von wesentlicher Bedeutung annehme. Den „Daily News“ zufolge wird die Niederlage keinerlei Kritik zur Folge haben. Der „Daily Express“ bezeichnet die Niederlage als schwer und demütigend, sowie als einen Schlag gegen das zusammenbrechende Prestige der Regierung.

Eine englische Anleihe an Südslawien.

Paris, 16. Juni.
„Echo de Paris“ erfährt aus London, daß zwischen der südslawischen Regierung und einer großen Londoner Bank ein Abkommen über eine Anleihe von 300000 englische Pfund abgeschlossen worden sei, die durch das südslawische Tabakmonopol garantiert werde. Die Anleihe solle in neun Monaten zurückgezahlt werden. Es handle sich um die erste Finanzoperation dieser Art zwischen Südslawien und England.

Die Schuldenfrage auf der englisch-russischen Konferenz.

London, 16. Juni.
Bei den englisch-russischen Verhandlungen über die Frage der Postkriegsschulden haben gestern die britischen Schuldverschreibungen den russischen Standpunkt angenommen, nachdem die Russen den gegenseitigen Zustand der russischen Finanzen auseinandergesetzt hatten. Folgender Grundgedanke wurde festgelegt, daß, wenn eine Teilzahlung der Schulden erfolgen könne, diese als ein Entgegenkommen von russischer Seite angesehen werden würde. Die Annahme des Prinzips der Teilzahlungen muß als ein bedeutender Fortschritt der Verhandlungen angesehen werden. Aber die Sowjetdelegation machte klar, daß ohne finanzielle Unterstützung nichts an die Schuldverschreibungen gezahlt werden könne. Jedoch wurde die Forderung keine Anleihe, keine Verzinsung von ihnen nicht

in den Vordergrund geschoben, da die Sowjetdelegation in der Großheit eine andere Methode gefunden hat, um die finanziellen Schwierigkeiten zu lösen. Nach ihrer neuesten Ansicht sind weder Anleihen noch Kredite durchaus notwendig. Rußland, das jetzt versucht, sein Budget auszubalancieren, und das seinen Kredit stabilisiert hat, wird gewiß ohne finanzielle Unterstützung längere Zeit getrouen, um sich wieder zu erholen. Aber die Erholung ist auf jeden Fall sicher. Rakowski und sein Komitee werden mit den britischen Schuldverschreibungen noch einmal zusammenzutreten, um den genauen Betrag, der für die Zahlung der Postkriegsschulden in Frage kommt, weiter zu diskutieren. Man hofft, daß in nächster Woche ein Abkommen über diese Frage erzielt wird und die russischen Schulden mit einer gewissen britischen Unterstützung gesichert werden können.

Zur Ermordung Matteottis.

Rom, 16. Juni.
Nach der Kabinettssitzung von heute abend spricht man von einer Umbildung des Ministeriums auf einer breiteren Grundlage, da zurzeit alle Minister Gaschisten sind. We-

nichtweise verläuft, daß die Absicht bestehe, auch Männer der Opposition in die Regierung aufzunehmen. Im Ministerialrat gab Mussolini eine ausführliche Erklärung über die politische Lage ab. Die als tatsächlichen Urheber der Entführung Matteottis am schwersten belasteten Personen seien bereits verhaftet. Nach den übrigen Helfershelfern wird eifrig geahndet. Mussolini teilte hierbei mit, der Ministerpräsident und die übrigen Mitglieder der Regierung seien mit dem Verschwinden Matteottis verbunden. Der Polizeipräsident Bertini ist seines Amtes enthoben worden. Der Ministerialrat hat den Präsidenten von Triest Crispomonte zum Generaldirektor der italienischen Polizei ernannt, de Vono, der bisherige Leiter des Polizeirefens, bleibt Kommandant der sächsischen Nationalmiliz. Der König hat den Kolonialminister Federzoni zum Minister des Innern ernannt. Mussolini übernimmt interimistisch das Kolonialministerium.

Neue Verhaftungen.

Rom, 17. Juni.
Die Polizei nahm gestern den Direktor der früheren Zeitung „Tempo“, De Malbi,

Frankreich und die deutschen Nationalisten.

Das Pariser Echo zu Stresemanns Karlsruher Rede.

Paris, 16. Juni.
Der nationalsozialistische Presse in Frankreich bietet die Sonntagrede des deutschen Außenministers Stresemann eine willkommenes Gelegenheit zu neuer Scharfmacherei gegen Deutschland und zu Angriffen gegen die von Verriot proklamierte Verständigungsberedigkeit. - Es lautet die „Antwort“:

Wenn die Sonntagrede Stresemanns die Antwort darstelle auf Verriots Annäherungsversuch, dann wird dieser unannehmbar begreifen müssen, daß man diese Rede nicht mit Honig- und Milchreden befeuchten kann. Auch der „Tempo“, der die außenpolitische Absicht des neuen Ministeriums „rückhaltlos billigt“, sagt aus Anlaß der Rede Stresemanns:

Wenn Deutschland dem Einfluß der Reaktion, sei es der deutschnationalen und Herrn v. Tschirch oder der deutschnationalen unter Ludendorff, unterliegt, so werde keine französische Regierung mehr in der Lage sein, nach einer friedlichen Verständigung zu streben. Dann werde Deutschland von Frankreich keine Konzessionen und keinen Verzicht auf irgendwelche Vorrechte erwarten dürfen. Die neue Regierung werde sich nicht dazwischen lassen. Sobald sie den Eindruck habe, daß die deutsche Politik darauf ausgehe, sich ihren internationalen Verpflichtungen zu entziehen und die friedlichen Absichten der Mehrheit des französischen Volkes gegen Frankreich selbst auszunutzen, dann werde das Ministerium Verriot noch schärfer in seinen Bemühungen gegen Deutschland aufgebracht zu haben, und diese Stimmung werde verschärft werden in dem Maße, in dem man in Frankreich einen neuen Krieg verabsieht.

Zur Ernennung Nollets zum Kriegsminister.

Paris, 16. Juni.
Das untersteicht die von Verriot gestern abend der Presse übermittelte Erklärung, warum er Nollet zum Kriegsminister seines Ministeriums machte, noch mit folgender Erklärung: Tatum, daß Verriot Nollet zum Kriegsminister machte, deutet er an, welchen herrschenden Platz für ihn das Problem der Sicherheit Frankreichs einnimmt. Nollet ist augenblicklich tatsächlich ein der Franzosen, die am besten über die Lage in Deutschland und über den Weltkrieg

Hand der deutschen Bevölkerung noch dem Kriege unterrichtet sind. Während seines langen Ministeriums in Verriot machte er nach dieser Richtung mit sehr großem Scharfsinn den wichtigsten Fortschritten, die einen Widerstand nicht nur in Frankreich, sondern auch in den anderen „Mittleren Ländern“ fanden.

Verriot bewies bei seinen zahlreichen Reden im Parlament, daß er wie seine ganze Partei im Grunde genommen die Interessen der Verständigung mit den demokratischen Elementen im Deutschen Reich zu suchen. Aber er will keinerlei Konzessionen machen, die geeignet sein könnten, den Rechten und der Sicherheit Frankreichs Abbruch zu tun, die bedroht werden könnten durch die Vorherrschaft der Nationalisten und die Abkehr der Nationalisten von der Demokratie. Nach Verriots Ansicht muß die Kameradschaft Nollets in seinem Kabinett Deutschland zeigen, daß es zwar auf den Liberalismus der französischen Regierung hält, aber nicht auf die geringste Schwäche hoffen dürfe.

Magniot gegen eine Herabsetzung der Dienstzeit.

Paris, 17. Juni.
Der bisherige Kriegsminister Magniot, der gestern seinem Nachfolger General Nollet die Weisung übergab, hielt laut „Echo de Paris“ eine große Rede. In dieser Rede, deren Wortlaut das Blatt veröffentlicht, unterrichtet Magniot besonders, daß Frankreich ein stark organisiertes Heer besitze. Er sprach sich gegen eine Herabsetzung der Dienstzeit unter 18 Monate aus und sagte, unsere Feinde von gestern sind weder offiziell noch moralisch entwaffnet. Ihre Nebankhoffnungen verknüpften sich mit dem Wunsche, uns nicht zu bezahlen.

Deutschland nicht im geringsten gefährlich.

London, 17. Juni.
J. N. Spender schreibt in der „Westminster Gazette“, er habe in Unterredungen mit zahlreichen deutschen Offizieren und Beamten, die während der letzten Jahre in Deutschland waren, festgestellt, daß Deutschland in militärischem Sinne gegenwärtig nicht im geringsten gefährlich sei. Aber ebenso sehr glaube er, daß, wenn Deutschland entschlossen sei, im Laufe der nächsten 10 oder 15 Jahre zu ruhen, keine Aussicht der Alliierten werde vorhanden sein, dies in sehr großem Maße zu tun. Ob jedoch Deutschland diesen Weg gehen werde, hänge davon ab, ob die französische Politik, die Verriot vertritt, verständlich sei.

unter der Beschuldigung sei, die Flucht des Advokaten Filippelli begünstigt zu haben. Colini, der Chauffeur Filippellis, der am 9. Juni das Automobil, das zur Fortschaffung Matteottis diente, in Sicherheit brachte, stellte sich gestern abend der Gerichtsbehörde in Rom. Carabinieri verhafteten gestern in Reco einen Mann namens Bolpi, der als einer der Urheber an der Verhaftung Matteottis bezeichnet wird. In Genua verhaftete die Polizei den früheren Direktor des „Corriere Italiano“, Filippelli, der beschuldigt wird, andere Personen gebungen zu haben, um Matteotti der persönlichen Freiheit zu berauben.

Die Stunde der Demokratie.

Von Rudolf Breitscheid.

Die neue französische Regierung stellt sich heute der Kammer vor, und der Ministerpräsident Verriot wird in dieser Sitzung ihr Programm entwickeln. Das diese Kundgebung, die eine neue Epoche der französischen Politik einleiten soll, allenthalben mit großer Spannung erwartet wird, ist selbstverständlich, und nicht zuletzt wird man auch in Deutschland aufhorchen, um zu erfahren, welche wir uns von dem durch die Sozialisten unterstützten Kabinett der bürgerlichen Linken zu versehen haben. Die Worte Verriots werden zweifellos anders klingen als die, die wir gehört haben, aus dem Munde de Bonincares zu hören. Aber wie nun auf jeden Fall gut daran, unsere Erwartungen nicht zu überspannen und uns nicht der Illusion hingeben, daß diese Rede uns nun mit einem Schlag alles das bringen werde, was uns der Umsturz, der sich am 11. Mai in Frankreich vollzogen hat, erhoffen ließ. Wahrscheinlich werden wir uns damit abfinden müssen, daß Verriot nur, was die deutsch-französischen Beziehungen anbelangt, auf einige allgemeine Wendungen beschränkt, die den zwei Seiten zur Verständigung beitragen, aber gleichzeitig auch auf gewisse Hindernisse aufmerksam machen, die der Verständigung nicht ohne weiteres abzuräumen sind. Die Stellung von Verriot in den Beziehungen der beiden Nationen noch im Wert setzen.

Wir werden wohl insofern zu die über, was der jetzige Ministerpräsident nach der Entlassung in verschiedenen Interventionen und in den letzten Tagen noch einem Vertreter des „Paris“ gegenüber geäußert hat. Seine Worte sind, so laut es ungefähr, werde alles nur, um der neuen demokratischen Demokratie zu helfen, die den Rechten aber und den Nationalisten, die offen und verächtlich, an der Vorbereitung eines Revolutionskrieges arbeiteten, werde sie mit aller Härte entgegenstellen. Von der Kammer der Abgeordneten und von der Kammer der Deputierten wird wohl ebenfalls ein solches Wort wie von dem Termin oder den Terminen der Abstimmung des Kabinetts, und das sein ohne Ministerium mag sich dabei darauf berufen, daß Deutschland bisher nur grundsätzlich dem Verzicht der Sachverständigen zugestimmt hat, die entscheidend über den Aufnahmestadium aber bisher noch nicht verabschiedet worden sind. Es wird Entschlossenheit erkläre wollen, wenn in diesem Punkte, und auch in der Frage der Militärkontingente, volle Klarheit geschaffen ist.

Das müssen wir begreifen, und wenn wir trotzdem die Erwartung hegen und den Wunsch äußern, daß das Kabinett Verriot auch schon vor diesem Zeitpunkt deutlich erkennbare Schritte tat, den Kulturkampf mit all seinen Folgerichtigkeiten zu liquidieren, so deshalb, weil und diese Vorbereitung in der Richtung der Gedankengänge des französischen Ministerpräsidenten selbst zu liegen scheint. Er will die Verständigung mit der deutschen Demokratie und der deutschen Republik. Aber eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Leben der deutschen Demokratie ist eben, daß ein Druck, den auch sie als Unrecht empfindet, sobald als möglich aus der Welt geschafft wird. Man wird auch darüber nicht um die Tatsache herumkommen können, daß die große Mehrheit derer, die in den vergangenen Jahren in der Verleumdung lebten, die Schicksal erlitten haben vorgang Handlungen, zu denen sie sich als Angehörige des deutschen Staates verpflichtet glaubten. Sie haben im Abwehrkampf gegen ein Unternehmen geendet, das, nach ihrer Überzeugung, weder